



Pressemitteilung

Erfurt, 05.04.2023. **Der Kinderschutzbund Thüringen appelliert: arme Kinder und ihre Familien brauchen mehr Gerechtigkeit!**

Der Vorstand des Kinderschutzbunds Thüringen zeigt sich enttäuscht von der derzeitigen Debatte zur Kindergrundsicherung. Uns fehlen klare Bekenntnisse aus dem Koalitionsausschuss heraus. Hier scheinen Autobahnen wichtiger zu sein als endlich ernsthaft die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Denn die Kinderarmut von heute wird der Fachkräftemangel von morgen und damit die Wirtschaft in Deutschland beeinflussen.

„Die Argumentation von Herrn Lindner kann man nur als zynisch bezeichnen“, sagt die Vorsitzende Christiane Götze und meint damit den Verweis auf die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro, welches schon genug sei. Diese Argumentation ist im Sinne von gerechter Verteilung unhaltbar. Denn besonders bei Kindern, die mit ihren Eltern Bürgergeld erhalten, wird dieses Geld direkt vom Bürgergeld wieder abgezogen. Damit wird ein Prinzip deutlich: Die Umverteilung findet zu Lasten armer Kinder und Familien statt.

Dabei geht es bei der Einführung mehr als um Geld. Es geht um eine Systemänderung und darum, Kinder endlich aus der Armut zu holen und ihre Familien zu entlasten. So werden Kinder je nach Erwerbssituation ihrer Eltern höchst ungleich finanziell gefördert, je nachdem ob diese Bürgergeld oder ein Einkommen im unteren oder mittleren Bereich erzielen. Die Kinder von besserverdienenden Eltern profitieren hingegen mit steigendem Einkommen von den steuerlichen Kinderfreibeträgen durch das progressive Steuersystem.

Es geht also um mehr Gerechtigkeit in Sachen sozioökonomischer Umverteilung. Die Kindergrundsicherung soll zudem insbesondere viele einzeln zu beantragende Leistungen zusammenfassen. Dazu gehören das Kindergeld, Bürger- oder Sozialgeld, der Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss wie auch der Kinderfreibetrag oder das Ehegattensplitting, und Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes. Sie soll zudem alle Kinder erreichen sowie automatisch ausgezahlt werden und nicht die Kinder mit ihren Familien mit jedem Antrag mehr stigmatisieren.